

EHRENAMTLICHE POLITIK

Die freiwillige Ex-Gemeinderätin

DANIEL GOLDSTEIN

«Wenn ich wegen des Amts einmal eine schlaflose Nacht habe, muss ich mein Engagement überdenken.» Diese Hintertür liess sich Susanne Landolf Wild offen, als sie 2004 zur Wahl in den Vechiger Gemeinderat antrat. Vier Jahre später war es so weit: Die 47-jährige Parteilose verzichtete darauf, wieder zu kandidieren. Dazwischen lagen Amtsjahre, die sie insgesamt doch



als «gute Zeit» empfindet: «Ich habe viel gelernt, aber es war schwierig, etwas zu bewegen.»

Unpolitische «kam auf die Welt»

Schon gut ein Jahr vor ihrer Wahl war die Betriebswirtschafterin in den Gemeinderat nachgerückt – auf Vorschlag der Sozialdemokratischen Partei, die sie zuvor auf dem gleichen Weg in die Geschäftsprüfungskommission (GPK) berufen hatte, als dort zwischen den Wahlen ein Sitz frei geworden war. In der Kommission warte eine unpolitische Sachaufgabe auf sie, hatte sie gedacht: «Aber da bin ich auf die Welt gekommen, die GPK funktionierte nicht ganz apolitisch.»

Im Gemeinderat schmolz Landolfs anfängliche Begeisterung weiter dahin; zuletzt blieb Frustration, wenn auch nur «es bitzeli» – aber für die ominöse schlaflose Nacht reichte es. Fürs Bauwesen zuständig, hatte die Ökonomin rasch erkannt, dass die weitläufige Gemeinde ihre 120 Kilometer Strassen nicht genügend unterhält, um sie vor dem Verfall zu bewahren, «und in die Liegenschaften wird nur ein Drittel dessen investiert, was es für die Werterhaltung braucht».

Nicht wie in einer Firma

Diese Fakten legte die Gemeinderätin auf den Tisch – «aber man schob sie hinweg». Sie stellt fest, in einem Unternehmen – ihr Mann führt eines – würde nicht so gehandelt. Aber in der Vechiger Gemeindepolitik «gilt die Devise Steuerwettbewerb um jeden Preis – da kann man nichts machen». Es sei –

trotz Retraiten – nicht möglich gewesen, im Gemeinderat eine gemeinsame Richtung, einen «kleinsten gemeinsamen Nenner für Fortschritte zu finden».

Die Ursachen sieht Susanne Landolf zum einen in vielen personellen Wechsellagen: Am Ende der vierjährigen Amtsperiode waren nur noch drei der ursprünglich Gewählten im Amt, der Gemeindepräsident war nach schwerer Krankheit gestorben. Dazu kamen Turbulenzen in der Gemeindeverwaltung; auch der Bauverwalter war lange krank, weshalb die Gemeinderätin mehr Aufgaben übernehmen musste, als eigentlich vorgesehen war. Dazu kam etwas, das Landolf als Vechiger Besonderheit sieht:

Nicht nur hatte die SVP die Mehrheit im Gemeinderat (die bei der Wahl von 2008 verloren ging) – diese Mehrheit deckte sich hier auch mit «alteingesessenen Strukturen» von landwirtschaftlichen Genossenschaften über Hornussergesellschaften bis zur Feuerwehr.

Viel «hintenherum» vorgespurt

Und dort werde «hintenherum» vieles vorgespurt, über das man dann im Gemeinderat nicht einmal mehr diskutieren könne. So habe man im ländlichen Teil der Gemeinde die Anstösler nur beschränkt an Strassenbaukosten beteiligen können: «Ich wohne seit 300 Jahren an dieser Strasse», habe ein Betroffener unschlagbar argu-

mentiert. Der Mobilisierungskraft der Alteingesessenen haben die Zuzüger, die vor allem in Boll-Sinneringen leben, offenbar wenig entgegenzusetzen.

Landolf berichtet, die SP habe sie zwar unterstützt, sei aber eben nicht so stark in der Gemeinde verwurzelt. Die Gemeinderätin blieb parteilos, sie nahm indessen zur gegenseitigen Information an den Parteiversammlungen teil. Sie glaubt, dass sie der Partei gerade auch deswegen genehm war, weil sie in der Wählerschaft ein breites Spektrum ansprechen konnte. Weiter sind im Gemeinderat die FDP und neu die EVP vertreten.

So wie die Wirkungsmöglichkeiten kleiner als erhofft waren, war die

Arbeitsbelastung höher, als man es Susanne Landolf vorausgesagt hatte. Sie habe zusammengerechnet sicher einen Tag pro Woche gebraucht, in Zeiten hoher Belastung auch zwei. Durch die – an sich erwünschte – stärkere Zusammenarbeit in der Region sei das Amt noch belastender geworden.

Viel Ärger, wenig Genugtuung

Dazu kommt, dass die Ressorts im Gemeinderat verschieden viel Arbeit geben; Umverteilung sei zwar diskutiert worden, aber von der Sache her schwierig. Ungleich verteilt war auch der Arbeitseifer: «Es gab Mitglieder, die das Unterlagen-Couvert erst unmittelbar vor der Sitzung öffneten.» Als Entschä-

Nach einer vollen Amtsperiode hatte sie genug: Die Parteilose Susanne Landolf Wild verzichtete letztes Jahr darauf, bei der Vechiger Gemeinderatswahl wieder anzutreten.

Die Betriebswirtschafterin war mit ihren Vorstellungen, die Infrastruktur zügig in Schuss zu bringen, auf ein unschlüssiges Kollegium und finanzielle Hürden gestossen.



Zurück in die Gemeindepolitik? «Nur in einem Fachgremium», sagt Ex-Gemeinderätin Susanne Landolf Wild.

BEAT SCHWEIZER

digung bekommen Mitglieder des Gemeinderats in Vechigen 10000 Franken pro Jahr, dazu Sitzungsgelder, die sich in Landolfs Fall auf maximal weitere 4000 Franken summierten.

Von einem Ehrenamt zu reden, ist also bei Weitem nicht übertrieben. Die Mutter zweier Teenager ist sich bewusst, dass von der familiären und ökonomischen Lage her nicht alle ein solches Amt auf sich nehmen können; sie weiss von Interessenten für ihre Nachfolge, die aus wirtschaftlichen Gründen auf eine Kandidatur verzichteten. Andere wollten sich zwar einsetzen, aber ohne feste Verpflichtung und nicht auf dem Weg über eine Partei.

Mehr Befriedigung bei Stiftungen

Landolf ist Bernburgerin, aber bei Zürich aufgewachsen und in den Neunzigerjahren nach Vechigen gezogen. Berufarbeit mit einem interessanten Pensum kam damals aus familiären Gründen nicht infrage. So engagierte sie sich ehrenamtlich, namentlich in Stiftungsräten sozialer Institutionen (denen auch ihre Doktorarbeit gegolten hatte), so bei der Bürgergemeinde. Nach ihrem Auszug in die Gemeindepolitik kann sie sich vorstellen, in einigen Jahren wieder dort mitzuarbeiten – aber nur in einem Fachgremium: «Dagibtes gute Aufgaben.»

In den Stiftungen, so bemerkt Landolf, gehe es zwar auch nicht immer so zielstrebig zu wie in einer Firma, aber die gemeinsame Grundrichtung und Wertebasis sei vorhanden – deshalb engagiere man sich ja, und man könne auswählen, wo. Und man bekomme schneller Ergebnisse zu sehen als in der Politik. Vielleicht, so sinniert sie, sei sie im Gemeinderat zu ungeduldig gewesen. «Du musst halt fünf Jahre warten», habe ihr ein Kollege aus einer Nachbargemeinde geraten. Geduld aber, so meint die freiwillige Ex-Gemeinderätin, hätte sie nur aufbringen können, wenn sie an einigemmassen erspriesslichen Sitzungen einen «gemeinsamen Prozess» hätte feststellen können.

[i] BISHER IN DER SERIE:

Jugendarbeit (27. 1.)
Hilfe im Altersheim (31. 1.)
Dargebotene Hand (7. 2.)
Ersatz bezahlter Arbeit (10. 2.)
Kulturförderung (17. 2.)
Einstieg: Benevol BE, 031 312 23 12

Wenn das Amt nicht lockt

Angefragte scheuen Aufwand und Auseinandersetzungen

Es wird in den bernischen Gemeinden immer schwieriger, alle öffentlichen Ehrenämter zu besetzen. Diesen verbreiteten Eindruck bestätigt Ernst Zürcher, der stellvertretende Vorsteher des Amts für Gemeinden und Raumordnung. Dass in einer Gemeinde ein eigentlicher Notstand eintrete, sei zwar eine Ausnahme, meint er, aber es gebe Gemeinderäte, in denen nicht alle Sitze besetzt werden konnten, so derzeit in Gelterfingen, Albligen und Mürchel.

Bis 1998 kannte Bern – wie manche Kantone noch heute – die Amtspflicht. Die Gemeinden können den Zwang zum Amt bis heute im Reglement beibehalten, aber wenige tun es, und ausgeübt wird der Zwang kaum. Hin und wieder kommt es sogar vor, dass der Regierungsrat für eine funktionsfähige Gemeinde eine ausserordentliche Verwaltung einsetzen muss – zuletzt 2006 in Sorvilier, in den Jahren zuvor in Niederried und in Walliswil bei Niederbipp.

Zürcher ist auch Gemeindepräsident von Grosshöchstetten. Dort

gibt es 98 mit Freiwilligen besetzte Behördenposten – für alle liess sich jemand finden. Doch die Parteien klagten, sie hätten zunehmend Mühe, Amtswillige zu rekrutieren: Angefragte gäben an, sie hätten zu wenig Zeit oder könnten sich wegen der mageren Entschädigung keine Reduktion der Berufarbeit zugunsten des Amts leisten. Auch gebe es Angst davor, in politische Auseinandersetzungen hineingezogen zu werden – besonders seit sich das innenpolitische Klima in der Schweiz verschärft habe.

Zurückhaltung bei Frauen

Bei angefragten Frauen beobachtet Zürcher zuweilen die Reaktion «das kann ich nicht» – obwohl die Praxis das Gegenteil zeige. Im Gemeinderat von Grosshöchstetten sind drei der sieben Mitglieder weiblich; bei den Behörden des Ortes insgesamt liegt das Verhältnis etwa bei 40 Frauen zu 60 Männern.

Für den ganzen Kanton gibt es keine Statistik über die Ehrenämter. Zürcher schätzt, jede der knapp

400 Gemeinden habe im Durchschnitt fünf Gremien zu sieben Mitgliedern; das ergäbe 14000 Leute, die sich freiwillig in dieser Form fürs Gemeinwohl engagierten. Wo Gemeindefusionen angestrebt werden, spiele neben den Finanzen der Personalmangel eine wichtige Rolle.

Schulungen angeboten

Für neu gewählte Behördenmitglieder gibt es jeweils in jedem Amtsbezirk eine halbtägige Einführung in die Rechtsgrundlagen und die geltenden Verfahren. Für Fragen wie Verwaltungsorganisation, Personalführung oder Fachprobleme bietet das Bildungszentrum für Wirtschaft und Dienstleistung Bern-Wankdorf Kurse an; die Gemeinden übernehmen laut Zürcher in der Regel die Kosten. Informationsanlässe organisiert auch der Gemeindeverband. (dg)

[e] VERBAND UND AUSBILDUNG
www.chgemeinden.ch
weiterbildung-gemeinden.ch

1. Sport, 7. Politik

Viele arbeiten freiwillig, wenige für die Gemeinden

Ein Viertel der Schweizer Bevölkerung leistet laut dem Freiwilligen-Monitor 2007 (Seismo-Verlag, «Bund» vom 10. 2.) unentgeltliche oder ehrenamtliche Arbeit in Organisationen; diese «formell freiwillig Tätigen» stehen in der Grafik im

Viertelkreis oben rechts. Unten rechts der etwas grössere Anteil jener, die sich nur informell engagieren, etwa in der Nachbarschaft. Die grosse Mehrheit der Freiwilligen zahlt zudem auch Spenden ein; die grösste Einzelgruppe sind jene, die

allein mit Geld gemeinnützige Belange unterstützen. Gänzlich «abstinent» ist nur ein Sechstel der in repräsentativer Auswahl Befragten.

Freizeit für die Vereine

Bei der formellen, institutionalisierten Freiwilligenarbeit liegt laut einer Befragung des Bundesamts für Statistik der Sport an der Spitze. Sich in einem Verein sportlich zu betätigen, reicht nicht, um gezählt zu werden: Man muss schon eine Funktion ausüben. Diese kann aber vereinsintern sein; es braucht keine Breitenwirkung nach aussen wie etwa das Präparieren einer Loipe.

11,4 Prozent der Männer und 5,0 Prozent der Frauen gaben sportliche Vereinsarbeit an; es folgten Kultur (5,8/3,9), Interessenvertretungen (5,1/3,0), Sozial-Karitatives (2,7/4,4), Kirchliches (2,7/4,3), Öffentliche Dienste (3,1/1,3), zuletzt Parteien und Ämter (2,3/1,0). Das Total beträgt bei den Männern mehr als ein Viertel, auch wegen Mehrfachbetätigung. Im informellen Bereich sind Frauen stärker engagiert. (ges)

